

Mittelhessischer Energiebotschafter Statement von Rolf Gnadl

„Die Energiewende ist ein umfassender Systemwechsel, welcher nur durch ein systemisches Zusammenspiel sämtlicher Akteure des Energiemarktes gelingen kann.“

Die herkömmliche Energieversorgung des 20ten Jahrhunderts führt in die Klimakatastrophe, diese Erkenntnis und die Ereignisse von Fukushima haben die Bundesregierung zur Formulierung ambitionierter Klimaschutzziele, zur Energiewende und zum Atomausstieg veranlasst. Die Klimaschutzziele sind inzwischen von vielen übernationalen, regionalen und lokalen Verantwortungsträgern in vergleichbarer Form übernommen worden. Diese Maßnahmen und Ziele sind gleichermaßen ambitioniert wie richtig.



Die Klimaschutzziele können nur realisiert werden, wenn auf allen relevanten Handlungsfeldern und in allen Teilen der Republik eine entschlossene Umsetzung erfolgt. Dies macht den Erfolg der Energiewende von einer sehr großen Vielzahl verschiedener Akteure abhängig. Damit erfordert die Energiewende auch den Ausgleich und die Überbrückung von Interessensgegensätzen, die nicht zu unterschätzen sind. Denn es ist beispielsweise überhaupt nicht einfach, die Belange eines Betreibers von Windkraftanlagen mit den Naturschutzverbänden unter einen Hut zu bringen. Und es ist eine bisher ungelöste Herausforderung, den Ausbau der Windenergie in Ost- und Nordsee mit dem Energiehunger im Süden der Republik in Einklang zu bringen. Es ist ferner notwendig, den Ausbau der Regenerativen Energien so zu gestalten, dass der Bezug von Energie zum Leben nicht zum Privileg wohlhabender Bevölkerungsteile wird.

Diese Beispiele zeigen, dass sich hinter dem Stichwort „Energiewende“ ein Systemwechsel höchster Komplexität und umfassender gesellschaftlicher Dimension verbirgt. Die technische Umstellung des Energiesystems beginnt gerade erst, seine erfolgsnotwendigen Bestandteile wie z.B. das intelligente Stromnetz (smart-grid) sind erst in Umrissen erkennbar und von einer Praxisrelevanz noch Jahre entfernt. Von daher bedeutet Fortschritt der Energiewende heute: Steuern auf Sicht hin zu einem verschwommenen Ziel.

Dieser Zustand ist unbefriedigend. Er ist nach meiner Überzeugung aber aktuell unvermeidbar. Der mit der Energiewende verbundene tiefgreifende Paradigmenwechsel kann nicht gelingen, wenn man die notwendigen Rahmenbedingungen, seine zukünftige Funktionsweise und die damit verbundenen Implikationen zunächst im Rahmen theoretischer Vorarbeiten klären möchte, um erst anschließend mit der Umsetzung zu beginnen. An die Dringlichkeit der Energiewende hat uns Fukushima eindrucksvoll erinnert.

Von daher bleibt bis auf weiteres der Weg auch das Ziel. Das bedeutet Konkret, dass auf allen relevanten Ebenen die Akteure der Energiewende „bei laufender Operation“ lernen und sich anpassen müssen.

Diese Notwendigkeit betrifft allerdings auch die Ausrichtung der derzeitigen Regulierung der Stromnetze durch das geltende Energiewirtschaftsrecht und ausgeführt von den Regulierungsbehörden des Bundes und der Länder. Als unstrittig gilt heute, dass ein Ausbau der Hochspannungsnetze stattfinden muss, dies wird auch von den Regulierungsbehörden als Rechtfertigung notwendiger Investitionen anerkannt. Der Bau

zusätzlicher Hochspannungsleitungen von Nord nach Süd wird in den letzten Jahren auf allen Ebenen unterstützt. Den vier Betreibern der Übertragungsnetze wird insoweit ein durch die Energiewende ausgelöster erhöhter Spielraum zuerkannt, der letztlich dem Gelingen der oben genannten Ziele dient.

Der gleiche Spielraum wird den vielen hundert Verteilnetzbetreibern in Deutschland von den Regulierungsbehörden gleichzeitig weitgehend verwehrt. Und dies, obwohl Studien renommierter Institute, wie beispielsweise die sogenannte Verteilnetzstudie der Deutschen Energie-Agentur, nachweisen, dass der durch die Energiewende ausgelöste Investitionsbedarf im Mittel- und Niederspannungsnetz ebenso hoch und virulent ist, wie bei den Hochspannungsnetzen.

Berücksichtigt man, dass die Energiewende schon immer die Idee der zunehmend dezentralen und verbrauchsnahe Energieproduktion war, wird schnell klar, dass es ohne zusätzliche Investitionen in das Stromverteilnetz nicht gehen kann.

Damit soll weniger eine Ungerechtigkeit beklagt werden, als Vielmehr „am Beispiel des lebenden Patienten“ gezeigt werden, wo sich ein aktueller Anpassungsbedarf manifestiert.

Rolf Gnadl
Vorstand der OVAG
Vorstand der ovag Netz AG